



Postulat

## **Freiwilligenarbeit fördern und nicht behindern!**

Die Verkehrskommission der Stadt Luzern (VKL) ist ein Fachorgan, das zuhänden der zuständigen Behörden Stellung zu bedeutsamen verkehrspolitischen Fragen und zu allen Verkehrsplanungen und -massnahmen nimmt, die für die Stadt wichtig sind. Deren Stellungnahmen haben empfehlenden Charakter.

Die VKL setzt sich aus Mitgliedern aus dem Kantonsrat, dem Grossen Stadtrat sowie je einem Mitglied aus insgesamt 13 Organisationen, darunter der Verband der städtischen Quartiervereine, zusammen. Die Mitglieder der VKL sollten Wohnsitz oder Arbeitsplatz in der Stadt Luzern haben. Die Wahl der Mitglieder in die VKL erfolgt durch den Stadtrat. Der Verband der städtischen Quartiervereine wird in der VKL seit sehr vielen Jahren durch eine engagierte Persönlichkeit vertreten, die sich nun altershalber aus der VKL zurückziehen wollte. Der Verband hat als Nachfolger einen fachlich ausgezeichnet qualifizierten Mann nominiert.

Der Stadtrat hat dessen Wahl mit Hinweis auf das von ihm beschlossene Gleichstellungsprogramm verweigert. Demnach sollen Kommissionen, die vom Stadtrat eingesetzt werden, nach Möglichkeit mit einer Geschlechterquote von mindestens 33 Prozent zusammengesetzt werden. Diese Vorgabe verfehlt die VKL in ihrer aktuellen Zusammensetzung deutlich.

Die Unterzeichnenden teilen das Anliegen des Stadtrats, in der VKL, wenn immer möglich, eine angemessene Vertretung beider Geschlechter zu verlangen. Die Erfahrung zeigt allerdings, dass es für die betroffenen Organisationen oftmals schwierig bzw. nicht möglich ist, Frauen für das Thema Verkehrspolitik zu begeistern. Zudem erscheint es stossend, wenn ausgerechnet Organisationen, welche sich freiwillig engagieren und anerkanntermassen qualifizierte Personen vorschlagen, mit derartigen Forderungen konfrontiert werden. Der vernehmbare Ärger der betroffenen Organisation über die Nichtwahl durch den Stadtrat ist daher mehr als verständlich.

Wir bitten daher den Stadtrat zu prüfen, ob die von ihm beschlossene Quote bei der Wahl von Personen aus Freiwilligenorganisationen im Einzelfall ausgesetzt werden kann. Dies soll verhindern, dass sich Freiwillige nicht mehr in Gremien engagieren können, weil die dafür qualifizierteste Person, die sich bereit erklärt hat, die Funktion wahrzunehmen, eine Geschlechterquote nicht erfüllt. Zudem bitten wir den Stadtrat auf den konkreten Fall, der Wahl einer Nachfolge der Vertretung des Verbands der Quartiervereine, nochmals zurückzukommen.

Fabian Reinhard und Marco Baumann  
namens der FDP-Fraktion